



Netzwerk Gerechter Welthandel/Flickr (CC BY 2.0, <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>)

HERBST DER HANDELSPOLITIK

Europäische Handelspolitik unter der deutschen Ratspräsidentschaft

Wird die deutsche Bundesregierung das Abkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay ablehnen? Wird das zyprische Parlament den EU-Kanada-Deal CETA verhindern? Realistisch betrachtet ist davon leider nicht auszugehen – aber handelspolitisch spannend wird der Herbst trotzdem.

Merkel hat uns in der Kritik am Mercosur-Abkommen zugestimmt und erklärt, es definitiv nicht zu unterschreiben.“ Diesen Satz twitterte die Klimaaktivistin Luisa Neubauer Ende August, nachdem sie gemeinsam mit Greta Thunberg sowie den belgischen Aktivistinnen Anuna De Wever und Adélaïde Charliér ein vertrauliches

Gespräch mit der Bundeskanzlerin geführt hatte. Die Nachricht sorgte europaweit für Aufmerksamkeit – zu Recht, denn die Bundesregierung gilt als eine der härtesten Verfechterinnen des EU-Mercosur-Abkommens.

Tags darauf präzisierte Regierungssprecher Steffen Seibert in der Bundespressekonferenz die Position: Grundsätzlich stehe die Bundesregie-

rung weiterhin „zu Geist und Intentionen dieses großen Freihandelsabkommens“. Die Kanzlerin habe jedoch „erhebliche Zweifel an der Umsetzung des Abkommens“, und man blicke „mit großer Sorge“ auf Abholzung und Brandrodungen im Amazonas-Gebiet. Eine gute Woche nach Merkel äußerte auch Bundesagrarministerin Julia Klöckner verhaltene Kritik. Sie sehe nicht, dass der Vertrag ratifiziert werde. Alle EU-AgrarministerInnen seien hier sehr skeptisch, ließ sie am Rande eines Ministertreffens in Koblenz verlauten.

Im Grunde sprach die Bundesregierung damit nur das Offensichtliche aus. Längst sind die Klima- und Umweltschäden sowie Menschenrechtsverbrechen bekannt, die der als „Wunsch Kandidat der Märkte“ hofierte brasilianische Präsident Jair Bolsonaro mittlerweile verursacht hat. Seit seinem Amtsantritt im Januar 2019 nahm die Abholzung im Amazonasgebiet deutlich zu und lag im vergangenen Jahr auf dem höchsten Stand seit zehn Jahren. 2020 stieg sie nochmals um 34 Prozent.

Dennoch gehört die Bundesregierung bisher zu den wichtigsten und mächtigsten Fürsprechern des EU-Mercosur-Abkommens und ähnlicher Handelsabkommen. Als im Juni 2019 ein erfolgreicher Abschluss der 20-jährigen Verhandlungen möglich erschien, wandte sich die Bundeskanzlerin gemeinsam mit weiteren Staats- und RegierungschefInnen per Brief an den damaligen EU-Kommissionpräsidenten Jean-Claude Juncker. Darin stellten sie sich offensiv gegen die bereits von Frankreich und weiteren Staaten geäußerten Bedenken und forderten, das Abkommen möglichst rasch auf den Weg zu bringen. Während der EU-Ratspräsidentschaft, die noch bis Ende des Jahres dauert, hat sich die Bundesregierung „zügige Fortschritte bei der Finalisierung des Abkommens“ vorgenommen.

Die deutsche Industrie gehört zu den größten Nutznießern des EU-Mercosur-Abkommens

Mit dieser Position folgt die Bundesregierung den Interessen der deutschen Industrie, die zu den Hauptprofiteuren des Abkommens zählen würde. Insbesondere die schwächelnde Autoindustrie erhofft sich größere Absatzchancen in den Staaten des Mercosur, wenn Autos aufgrund von Zollsenkungen günstiger exportiert werden können. Auch Pestizidhersteller wie Bayer und BASF profitieren von der Abschaffung der Zölle auf ihre Produkte.

Daher verwundert es nicht, dass die Industrie sehr schnell und eindeutig auf die scheinbaren Zweifel der Bundeskanzlerin reagierte. „Ein wechselseitig verbesserter Zugang zu wichtigen Branchenmärkten wie Maschinenbau, Automotive und Ernährungsindustrie wäre für die deutsche Wirtschaft von großer Bedeutung“, teilte der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) mit. Eine Ablehnung des Abkommens würde „das Exportland Deutschland gefährden“, hieß es beim Verband der deutschen Automobilindustrie (VDA).

Auf eine Anfrage der Grünen-Abgeordneten Katharina Dröge stellte die Bundesregierung Anfang September dann klar, dass sie keine Nachverhandlungen des Abkommens fordert. Es ist also unwahrscheinlich, dass auf die geäußerten Zweifel auch politisches Handeln folgt. Berechtigte Hoffnung, das EU-Mercosur-Abkommen sei bereits so gut

wie tot, gibt es somit nicht. Zum einen besteht die Gefahr, dass es mit Zusatzerklärungen oder Ergänzungen versehen wird, die nach mehr Klimaschutz und Menschenrechten klingen – aber wirkungslos bleiben, weil sie ebenso wie das bestehende Nachhaltigkeitskapitel keinen Durchsetzungsmechanismus enthalten. Dass Papier geduldig ist, kennt man von zahlreichen anderen (nicht nur Handels-) Abkommen. Zum anderen könnte das umfassende Abkommen in mehrere Teile aufgesplittet werden, über die der Rat separat entscheidet. Der Teil, der ausschließlich den Handel betrifft – und an dem sich die Kritik entzündet – könnte dann mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden, eine Einstimmigkeit wäre nicht mehr erforderlich. Kritische Staaten wie Österreich oder Frankreich könnten einfach überstimmt werden.

Vielleicht nimmt die Bundesregierung angesichts der aktuellen Entwicklungen erst einmal Abstand von ihrem Vorhaben, das EU-Mercosur-Abkommen noch innerhalb ihrer Ratspräsidentschaft zügig voranzubringen. Dann könnte die Abstimmung ins nächste Jahr gezogen werden und fiel in die Ratspräsidentschaft Portugals. Das Land gilt ebenfalls als Befürworter des Abkommens, und im gemeinsamen Trio-Programm mit Deutschland und Slowenien steht: „Der Dreivorsitz wird sich für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens EU-Mercosur (...) einsetzen.“ Um einen Stopp dieses Klimakillerdeals zu erreichen, braucht es also weiterhin einen langen Atem.

Es braucht einen langen Atem

Dasselbe gilt für CETA. Drei Jahre nachdem große Teile des EU-Kanada-Abkommens vorläufig in Kraft getreten sind, scheint es hierzulande nahezu aus dem politischen Bewusstsein gerückt. Zur Erinnerung: Von der vorläufigen Anwendung ausgenommen sind diejenigen Teile, die die Kompetenz der EU-Mitgliedstaaten betreffen – insbesondere die Bestimmungen zur Investor-Staat-Streitschlichtung, besser bekannt als Sonderklagerechte für Konzerne. Erst wenn die Parlamente aller EU-Mitgliedstaaten diesen Teilen zugestimmt haben, kann CETA vollständig und endgültig in Kraft treten. Bisher ist das nur in 14 der 27 Mitgliedstaaten passiert, das Ratifizierungsverfahren ist also noch längst nicht abgeschlossen. Zuletzt stimmte im Mai das luxemburgische Parlament über CETA ab und nahm – unter Protest von Umwelt-, Entwicklungs- und Verbraucherschutzorganisationen sowie Gewerkschaften – das Abkommen mehrheitlich an. Dass die an der Regierung beteiligten Grünen CETA zustimmten, jedoch die konservativen Christdemokraten als größte Oppositionspartei sich der Abstimmung verweigerten, entbehrt nicht einer gewissen Ironie.

Auch in den Niederlanden und in Frankreich ist CETA ein ebenso aktuelles wie kontroverses Thema: In beiden Ländern hat die erste parlamentarische Abstimmung stattgefunden, die Abstimmungen im jeweiligen Senat stehen noch bevor – mit sehr unsicherem Ausgang. Die Zivilgesellschaft in beiden Ländern ist alarmiert und setzt sich gegen das Abkommen ein. In Frankreich wurde 2019 ein Klima-Bürgerrat eingerichtet, in dem 150 zufällig ausgeloste TeilnehmerInnen Vorschläge zur Frage erarbeiteten, wie die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 40 Prozent reduziert werden könnten. Eine der 149 Antwort-



Es ist zu befürchten, dass ein politischer Ausweg aus dem formalen Tod des Abkommens gefunden wird. Umgekehrt bedeutet das jedoch auch: Spätestens jetzt sollte sich keine politische Partei mehr unter Druck setzen lassen, dem Abkommen trotz Bedenken zuzustimmen.

ten, die im Juni veröffentlicht wurden, lautete: Die CETA-Ratifizierung muss gestoppt, die vorläufige Anwendung ausgesetzt werden! Obwohl der französische Präsident Emmanuel Macron ursprünglich zugesagt hatte, die Ergebnisse umzusetzen oder darüber abstimmen zu lassen, wies er den Vorschlag umgehend zurück und kündigte lediglich an, die Klimaauswirkungen des Abkommens noch weiter zu untersuchen.

CETA: Zypern sagt Nein

Während die Diskussionen über CETA in Westeuropa weitergehen, schaffte ein kleiner Mitgliedstaat am südöstlichsten Rand der EU kürzlich Fakten: Das zyprische Parlament lehnte CETA Ende Juli ab. Mit 37 zu 18 Stimmen sprachen sich die Abgeordneten mehrheitlich gegen das Abkommen aus. Begründet wurde die Entscheidung mit dem unzureichenden Schutz von Agrarprodukten wie Halloumi, aber auch mit der Ausweitung von Konzernmacht durch Sonderklagerechte und undurchsichtige Ausschüsse sowie mit der Bedrohung von Verbraucherschutz und bäuerlicher Landwirtschaft. Formal ist das Abkommen damit gescheitert. Die zyprische Regierung müsste nun der EU-Kommission förmlich mitteilen, dass die nationale Ratifizierung misslungen ist, und die EU-Kommission müsste das Abkommen beerdigen. Auch die vorläufige Anwendung müsste beendet werden.

Doch hinter den Kulissen wird versucht, das Abkommen zu retten. Die zyprische Regierung führt Gespräche mit allen Fraktionen und hofft, den Widerstand durch nachträgliche Ergänzungen am Abkommen brechen zu können. Ob und in welcher Form solche Ergänzungen zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt noch möglich sind, ist jedoch mindestens unklar – das Abkommen ist ausverhandelt, wird zu großen Teilen vorläufig angewendet und von 14 Mitgliedstaaten sowie Kanada bereits vollumfänglich angenommen. Die Bundesregierung hat sich bisher ausweichend zu dieser Sache geäußert und hofft in erster Linie auf eine innenpolitische Lösung: Sie gehe davon aus, „dass die diesbezüglichen innerstaatlichen Konsultationen in Zypern noch nicht

abgeschlossen sind“, antwortete sie auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Katharina Dröge (Bündnis90/Die Grünen).

Es ist zu befürchten, dass ein politischer Ausweg aus dem formalen Tod des Abkommens gefunden wird. Umgekehrt bedeutet das jedoch auch: Spätestens jetzt sollte sich keine politische Partei mehr unter Druck setzen lassen, dem Abkommen trotz Bedenken zuzustimmen. Wenn ein Grillkäse genug Anlass bietet, das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen der EU mit Kanada abzulehnen – dann sollten das eine Paralleljustiz für Konzerne, ein Torpedieren des Klimaschutzes und undemokratische Ausschüsse allemal!



Anne Bundschuh

Die Autorin koordiniert das Netzwerk Gerechter Welthandel im Forum Umwelt und Entwicklung.

RUNDBRIEF



Forum Umwelt und Entwicklung

3/2020



NO NEW NORMAL DIE WELT PROBT DEN AUSNAHMEZUSTAND

GESUNDHEIT VOR SCHULDENDIENST

Die globale Corona-
und Schuldenkrise

› Seite 2

ENDSTATION LIBERALISIERTE WELT

Treibt Corona die
Probleme des Welthandels
auf die Spitze?

› Seite 14

COVID-19 & DIE KRISEANFÄLLIGKEIT DES GLOBALEN ERNÄHRUNGSSYSTEMS

Chance für grundlegende
Veränderungen?

› Seite 17

UNTERBEZAHLT, UNPOPULÄR, WEIBLICH

In der Krise verhärten
sich Ungleichheiten

› Seite 29

ISSN 1864-0982